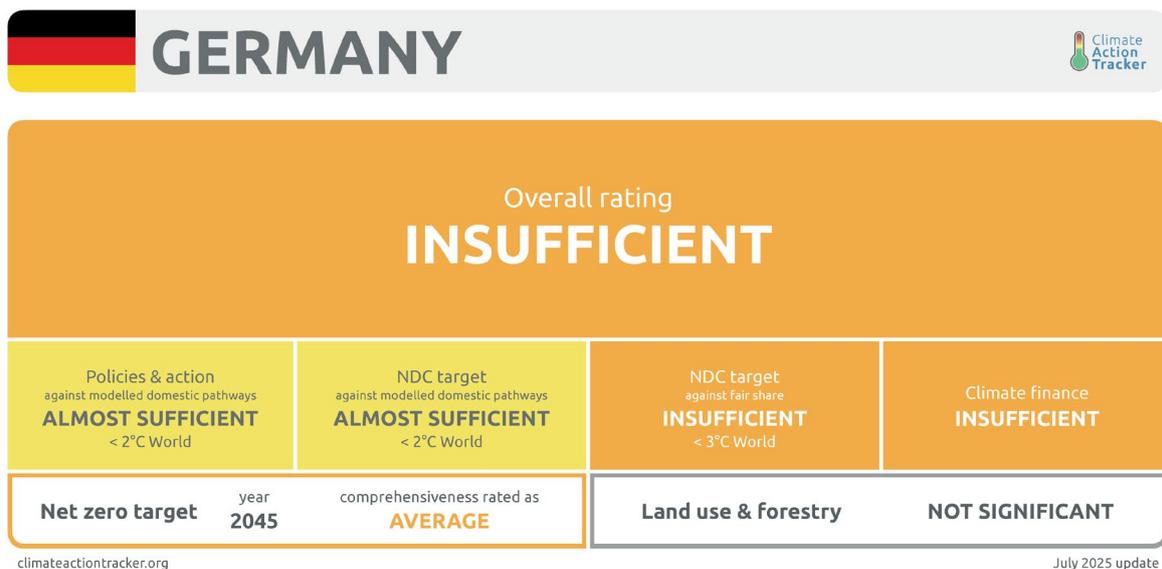


Deutsche Übersetzung des “Summary”-Tabs der Länderanalyse für Deutschland

(Update: 09. Juli 2025)



Die neue deutsche Regierung, die seit Mai 2025 im Amt ist, gefährdet die bestehende Klimapolitik. Die Maßnahmen im Koalitionsvertrag reichen nicht aus, um die nationalen Klimaziele, wie sie im Klimaschutzgesetz verankert sind, zu erreichen. Mit einem Anteil von 60% an der Stromversorgung ist der Ausbau der erneuerbaren Energien im Vergleich zu Fortschritten in anderen Sektoren - und in anderen Ländern - immer noch hoch. Die Emissionsprojektionen für 2030 des CAT liegen aber jetzt höher als in der letzten Analyse. Der CAT stuft die deutschen Klimaschutzmaßnahmen weiterhin als „unzureichend“ ein.

Insgesamt verfügt Deutschland über einen gut entwickelten klimapolitischen Rahmen mit rechtsverbindlichen Klimazielen, einschließlich der Verpflichtung, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen, und strengen nationalen Maßnahmen, die durch ehrgeizige EU-Vorschriften verstärkt werden. Dennoch ist der Zielrahmen noch immer nicht kompatibel mit der 1,5°C-Grenze des Pariser Klimaschutzabkommens.

Die neue deutsche Regierungskoalition aus CDU und SPD scheint bereit, die Klimapolitik auf breiter Front zu vernachlässigen und zu untergraben. Der Koalitionsvertrag sieht keine zusätzlichen ehrgeizigen Maßnahmen vor, um das Emissionsminderungsziel für 2030 zu erreichen. Stattdessen steht der Koalitionsvertrag weitgehend im Widerspruch zu bestehenden Emissionsreduktionsbemühungen. Daher wird der Ansatz der neuen Regierung wahrscheinlich zu höheren Emissionen bis 2030 führen als bisher angenommen; eine Feststellung, die vom regierungseigenen Expertenrat für Klimafragen bestätigt wird.

Besonders besorgniserregend sind die Pläne der neuen Regierung für den Energie-, Verkehrs- und Gebäudesektor sowie ihre Absicht, Emissionsgutschriften nach Artikel 6 zu verwenden:

- **Bau neuer fossilbefeuerter Kraftwerke:** Die Regierung beabsichtigt, bis 2030 neue Gaskraftwerke mit einer Kapazität von 20 GW zu errichten, was zusätzliche Emissionen für lange Zeit festschreiben würde; eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Plan der Vorgängerregierung, 10 GW an gasbefeuerter, aber wasserstofffähigen Gaskraftwerken zu bauen. Die neue Regierung hat zudem Lizenzen für neue Gasfelder in der Nordsee erteilt und will Gas weiter subventionieren. Gleichzeitig wird befürchtet, dass der von der Vorgängerregierung beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien gedämpft wird: Die neue Regierung plant, den Ausbau der erneuerbaren Energien an den Netzausbau zu knüpfen, und beabsichtigt, die für die Windenergie reservierten Flächen nach 2027 zu überprüfen und möglicherweise zu reduzieren.
- **Anreize für mehr Emissionen im Verkehr:** Die Regierung nimmt das Verkaufsziel der Vorgängerregierung für Elektrofahrzeuge zurück und will gleichzeitig die Vorschriften für Autohersteller, die die EU-Emissionsnormen nicht erfüllen, lockern. Die von der neuen Regierung geplante Politik (Ausweitung des Dienstwagenprivilegs und Erhöhung der Entfernungspauschale) schafft generell Anreize für die Nutzung und den Besitz von Personenkraftwagen, und zwar sowohl für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor (ICE) als auch für Elektrofahrzeuge. Subventionen für den Flugverkehr sollen erhöht werden.
- **Aufhebung des Gebäudeenergiegesetzes der Vorgängerregierung,** das den Ausstieg aus der Verwendung von Öl und Gas in neuen Gebäudeheizungen, den Ausbau der erneuerbaren Energien im Heizungsbereich und die Erreichung der Treibhausgasneutralität im Heizungsbereich bis 2045 vorsah: Die Aufhebung des Gesetzes würde den Übergang zu kohlenstoffarmen Technologien (z.B. Wärmepumpen) verzögern und zu Fehlinvestitionen führen. Der EU-Kohlenstoffpreis wird - selbst, wenn er sehr hoch ist - nicht in der Lage sein, die fehlenden Anreize zu kompensieren, da der Preismechanismus nicht die Investitionskosten, sondern nur die Betriebskosten berücksichtigt.
- **Verwendung internationaler Emissionsgutschriften zur Erreichung der deutschen Emissionsminderungsziele:** Die Verwendung von Emissionsgutschriften aus Ländern außerhalb der EU nach Artikel 6 des Pariser Klimaschutzabkommens verstößt gegen geltendes deutsches und EU-Recht und würde, wenn sie umgesetzt würde, einen großen Rückschritt für deutsche Klimaschutzmaßnahmen bedeuten. Durch die Nutzung von Artikel 6 würde die Regierung ihre Verantwortung für die Emissionsreduzierung verlagern und somit nicht zur Steigerung der globalen Emissionsreduktionen beitragen.

Eine neue Chance für die Regierung, den Klimaschutz deutlich auszuweiten, bietet das neue schuldenfinanzierte Sondervermögen für Infrastruktur und Klima von insgesamt 500 Mrd. EUR über die nächsten 12 Jahre. Davon sind 100 Mrd. EUR ausdrücklich für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen vorgesehen. Die eigentliche Chance liegt jedoch in den verbleibenden 400 Mrd. EUR, die die Regierung nutzen könnte, um den Übergang zur Klimaneutralität weiter zu unterstützen oder zumindest nicht aufzuhalten. Dies erfordert jedoch einen starken politischen Willen und klare Ausgabenregeln.

Eine neue Sorge der Regierung ist, dass der Klimawandel dazu beigetragen hat, dass die deutschen Wälder zu einer Netto-Emissionsquelle geworden sind; sie stoßen mehr CO₂ aus als sie aufnehmen. Die Senkenkapazität des Sektors war ein wichtiger Bestandteil des Plans für das Erreichen der Klimaneutralität bis 2045; verbleibende Emissionen von 40 MtCO_{2e} sollten durch eine Nettosenke der Wälder kompensiert werden. Wenn diese Senke nicht mehr zur

Verfügung steht, müssen die Emissionen aller anderen Sektoren auf real null reduziert werden, damit die gesamte deutsche Wirtschaft „Klimaneutralität“ erreichen kann.

Im Koalitionsvertrag hat die neue Regierung das Minderungsziel nicht angehoben. Die Regierung muss nicht nur ihr Ziel für 2030 erreichen, sondern auch die Ambition des Ziels erhöhen, da es immer noch nicht 1,5°C-kompatibel ist. Aktuelle Prognosen deuten auf eine Lücke von mindestens 85 MtCO₂e im Jahr 2030 hin, um einen 1,5°C-kompatiblen Pfad zu erreichen. Unter dem Pariser Klimaabkommen ist Deutschland verpflichtet, das Ambitionsniveau seiner Klimaziele für 2030 zu erhöhen. Als eines der reichsten Länder der Welt hat Deutschland die Fähigkeit und die Verantwortung, sehr viel ehrgeizigere Klimaschutzmaßnahmen zu verfolgen.

Besorgniserregend ist auch, dass Deutschland sein rechtlich verbindliches Ziel im Rahmen der EU-Effort-Sharing Regulation, bei dem Verkehr und Gebäude zusammengezählt werden, verfehlen wird. Dadurch drohen hohe Zahlungen, da jede Zielverfehlung durch Zertifikate ausgeglichen werden muss. Insgesamt wird Deutschland ohne weitere Maßnahmen sein Ziel für 2030 um insgesamt mindestens 224 MtCO₂e zwischen 2021 und 2030 überschreiten, im Vergleich zu 126 MtCO₂e, die noch vor einem Jahr geschätzt wurden. Diese Überschreitung wird teuer; wenn beispielsweise jedes Zertifikat 100 EUR kostet, würde diese Lücke bei den Emissionsreduktionen die deutschen Steuerzahler rund 22 Mrd. EUR kosten.

Obwohl der Koalitionsvertrag der neuen Regierung Maßnahmen vorsieht, die die Emissionsreduzierung wahrscheinlich behindern werden, gibt es positive politische Entwicklungen:

- **Erneuerbare Energien und marktgetriebener Kohleausstieg:** Die vorherige Bundesregierung hat systematisch Hindernisse für den Ausbau der erneuerbaren Energien beseitigt. Infolgedessen ist die Solarenergie den Ausbauzielen der Regierung weit voraus. Der Ausbau der Windkraft hinkt hinterher und könnte sich durch die von der neuen Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen weiter verzögern. Gleichzeitig hat Deutschland Anfang 2022 den letzten seiner Kernreaktoren abgeschaltet und bis Juni 2025 insgesamt 16 Kohlekraftwerke stillgelegt, wobei der Strompreis und die Stabilität des Stromsystems erhalten blieben. Der vollständige Ausstieg aus der Kohleverstromung soll bis spätestens 2038 erfolgen, wobei die rechtliche Möglichkeit besteht, diesen Prozess zu beschleunigen. Wenn die Preise im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems weiter steigen, werden sie die Kohle in Deutschland wahrscheinlich bis 2030 aus dem Markt verdrängen, da sie nicht mehr rentabel sein wird.
- **Klimaschutzverträge in der Industrie:** Die Vorgängerregierung führte Klimaschutzverträge ein, um zusätzliche Investitionen in kohlenstofffreie Technologien für Unternehmen in emissionsintensiven Branchen zu unterstützen, insbesondere in der Stahl-, Zement- und Chemieproduktion. In ihrer Koalitionsvereinbarung verpflichtet sich die neue Regierung, das Programm fortzuführen.

In vielen Bereichen muss Deutschland noch erhebliche Verbesserungen vornehmen, um seine Klima- und Energieziele zu erreichen und darüber hinaus auf einen mit Paris kompatiblen Kurs zu kommen:

- **Klimapolitik ganz oben auf die Agenda setzen:** Im Koalitionsvertrag der neuen Regierung wird das Thema Klima als zweitrangig behandelt. In der Diskussion um den Ausbau der Gasinfrastruktur wird die Sorge um den Anstieg der Emissionen nicht erwähnt.
- **Fokus auf einen sozial gerechten Übergang:** Generell verliert die Klimapolitik in der deutschen Bevölkerung an Unterstützung, weil sich der öffentliche Diskurs auf die kurzfristigen Kosten und Belastungen der privaten Haushalte konzentriert, obwohl

viele kohlenstoffarme Technologien über ihren Lebenszyklus hinweg bereits günstiger sind als ihre fossilen Alternativen. Um die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen in der Öffentlichkeit zu erhöhen, ist es entscheidend, dass die Politik sozial gerecht gestaltet wird. Die Regierung könnte das ehemals geplante „Klimageld“ einführen, ein Programm, bei dem jeder Bürger eine Pauschalzahlung aus den Einnahmen erhält, die durch den staatlichen CO2-Preis generiert werden. Die Regierung sollte auch die Einführung kohlenstoffarmer Technologien finanziell unterstützen, und zwar differenziert nach Einkommensgruppen, um besonders gefährdete Teile der Bevölkerung zu schützen.

Die gesamte Analyse des Climate Action Trackers befindet sich auf unserer Website (auf Englisch, ab 09. Juli 2025): <https://climateactiontracker.org/countries/germany/>

The Consortium

	<p>The Climate Action Tracker (CAT) is an independent scientific analysis produced by three research organisations tracking climate action since 2009. We track progress towards the globally agreed aim of holding warming well below 2°C, and pursuing efforts to limit warming to 1.5°C.</p> <p>climateactiontracker.org</p>
	<p>Climate Analytics is a non-profit institute leading research on climate science and policy in relation to the 1.5°C limit in the Paris Agreement. It has offices in Germany, the United States, Togo, Australia, Nepal and Trinidad and Tobago.</p> <p>climateanalytics.org</p>
	<p>NewClimate Institute is an independent non-profit organisation that develops solutions to tackle climate change and drives their implementation worldwide. Through research, policy advice and knowledge sharing, we aim to raise the ambition for climate action and support sustainable development.</p> <p>newclimate.org</p>
	<p>Institute for Essential Services Reform (IESR) is an energy and environment focused think-tank that aims to accelerate the energy transition by supporting sustainable mobility, green economy, and well designed climate change policy. IESR has experience mainly in Indonesia, but is expanding its focus to work in other regions and countries.</p> <p>iesr.or.id</p>